

Antrag 109/I/2026

Abt. 01/07 Bellevue + FA I – Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Doppelte Solidarität, gemeinsames Gedenken:

1 **Einführung des 7. und 8. Oktobers als Gedenktage der Op-**
2 **fer des Hamas-Überfalls auf Israel sowie der Opfer der is-**
3 **raelischen Militärintervention in Gaza**

4
5 Die SPD Berlin, ihre Mandatsträger*innen auf Bezirks- und
6 Landesebene sowie alle zukünftigen Landesregierungen
7 unter Beteiligung der SPD führen den 7. Oktober als Ge-
8 denktag für die Opfer des terroristischen Angriffs der Ha-
9 mas auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober
10 2023, einschließlich sämtlicher an diesem Tag entführter
11 Geiseln, ein.

12
13 Ergänzend dazu wird der 8. Oktober als Gedenktag für
14 die palästinensischen Zivilist*innen eingeführt, die infol-
15 ge der auf den 7. Oktober 2023 folgenden israelischen An-
16 griffe im Gazastreifen getötet wurden.

17
18 Beide Gedenktage dienen Vertreter*innen der SPD Berlin
19 künftig als Rahmen für den Austausch mit den in Berlin le-
20 benden jüdischen, israelischen und palästinensischen Ge-
21 meinschaften. Zusätzlich wird die SPD Berlin diesen Ge-
22 meinschaften einen Raum für den Austausch und Dialog
23 bereitstellen, um die interethnische und übergreifende
24 Konzeption und Organisation der Gedenktage zu fördern
25 und eine möglichst große Beteiligung der Gemein-
26 schaften zu erreichen. Darüber hinaus sollen sie der öffentli-
27 chen, sachorientierten und differenzierten Auseinander-
28 setzung mit mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verstö-
29 ßen gegen das humanitäre Völkerrecht sowie deren ge-
30 sellschaftlicher und politischer Aufarbeitung dienen, un-
31 abhängig davon, ob diese gegenüber israelischen oder pa-
32 lästinensischen Zivilist*innen begangen wurden.

33 Dabei ist dem Dialog sowie dem interethnischen
34 Austausch als zentrale Elemente konfliktensibler
35 Präventions- und Friedensarbeit besondere Bedeutung
36 beizumessen.

37
38 An beiden Gedenktagen werden künftig vor dem Roten
39 Rathaus sowie vor sämtlichen Bezirksrathäusern, sofern
40 diese unter Beteiligung der SPD regiert werden, die israeli-
41 sche und die palästinensische Flagge gemeinsam in Trau-
42 erbeflaggung gehisst.

43
44 **Begründung**
45 In Berlin leben die größten jüdischen, israelischen und
46 palästinensischen Gemeinschaften in Europa. Aus dieser
47 besonderen demografischen und gesellschaftlichen Kon-

**Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt**

48 stellation erwächst für die politischen Institutionen der
49 Stadt eine erhöhte Verantwortung, den unterschiedlichen
50 Formen von Trauer, Verlust und kollektiver Betroffenheit
51 in angemessener Weise Rechnung zu tragen und hierfür
52 dauerhaft zugängliche, institutionell abgesicherte Räume
53 des Gedenkens und der Anteilnahme zu schaffen.

54

55 Der Antrag zielt auf die Etablierung einer differenzierten,
56 inklusiven und normativ konsistenten Erinnerungspraxis
57 ab, die der pluralen Berliner Stadtgesellschaft sowie den
58 vielfältigen individuellen und kollektiven Traumatisierungen
59 infolge der Gewalteskalation ab dem 7. Oktober 2023
60 gerecht wird. Er erkennt das Leid von Jüdinnen, Israelis
61 und Palästinenserinnen gleichermaßen an.

62

63 Eine demokratische und menschenrechtsbasierte Erinne-
64 rungskultur darf Trauer und Empathie nicht selektiv orga-
65 nisieren oder auf einzelne Gruppen beschränken. Die Hier-
66 archisierung von Leid oder die Exklusion bestimmter Op-
67 fergruppen widerspricht grundlegenden Prinzipien gesell-
68 schaftlicher Solidarität und birgt erhebliche Risiken für so-
69 zialen Zusammenhalt, politische Radikalisierung und fort-
70 schreitende Polarisierung.

71

72 Zugleich bekräftigt der Antrag das uneingeschränkte Be-
73 kenntnis zur universellen Geltung des humanitären Völ-
74 kerrechts sowie zur klaren Benennung von Kriegsverbre-
75 chen und schweren Menschenrechtsverletzungen als sol-
76 che, unabhängig von der jeweiligen Konfliktpartei. Die ex-
77 plizite Anerkennung des Rechts sowohl der israelischen
78 als auch der palästinensischen Zivilbevölkerung auf Si-
79 cherheit, Schutz vor Gewalt und ein Leben frei von existen-
80 zieller Bedrohung entspricht den grundlegenden Leitlini-
81 en sozialdemokratischer Friedens-, Menschenrechts- und
82 Erinnerungspolitik.

83

84 Durch die institutionelle Verankerung beider Gedenkta-
85 ge leistet die SPD Berlin einen Beitrag zur Versachlichung
86 öffentlicher Diskurse, zur Stärkung von Empathiefähig-
87 keit und Dialogbereitschaft sowie zur Förderung einer
88 langfristig auf Deeskalation, Verständigung und friedliche
89 Konfliktbearbeitung ausgerichteten politischen Kultur in
90 Berlin.